Zeitschrift: Pro Senectute : schweizerische Zeitschrift für Altersfürsorge, Alterspflege und Altersversicherung

Herausgeber: Schweizerische Stiftung Für das Alter

Band: 13 (1935)

Heft: 4

Vereinsnachrichten: An die hohe Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft = Aux chambres fédérales de la Confédération suisse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

SCHWEIZ. STIFTUNG
„FÜR DAS ALTER"

Zürich, den 2. Dezember 1935.

An die hohe Bundesversammlung
der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Bern

Hochgeehrte Herren Nationalräte!
Hochgeehrte Herren Ständeräte!

Im neuen Finanzprogramm wird den bedürftigen Greisen, Witwen und Waisen unseres Volkes zur Sanierung der Finanzen des Bundes und der Bundesbahnen ein Opfer von 1,2 Millionen Franken jährlich auf den 8 Millionen Franken zugemutet, welche sie kraft Bundesbeschluß vom 13. Oktober 1933 während der vier Jahre 1934—1937 erhalten sollen. Außerdem soll die Verzinsung des Fonds für die Alters- und Hinterlassenenversicherung eingestellt werden.

Wir würden uns schweigend damit abfinden und ins Unvermeidliche fügen, wenn ähnliche Opfer auf der ganzen Linie gebracht würden. Nachdem nun aber bloß 70 von 200 Mill. Fr. Bundessubventionen gekürzt und weitere Hilfsaktionen in Aussicht genommen werden, halten wir es für unsere Pflicht, uns für die notleidenden Greise zu wehren und an Ihren Gerechtigkeitssinn zu appellieren.

Für unser Gesuch, vor allem die Bundessubvention von 1 Mill. Fr. an unsere Stiftung und wenn möglich auch den Bundesbeitrag von 7 Mill. Fr. an die Kantone nicht herabzusetzen, sprechen folgende Gründe:

1. Die bedürftigen Greise und Greisinnen müssen mit einem Existenzminimum

auskommen, das keine andere Volksschicht ertragen würde. Es gibt unseres Erachtens keine Schutzmaßnahme zugunsten irgend eines Berufsstandes oder Volksteils, welche, wenn es nach Recht und Billigkeit geht, auf Kosten der Bundesunterstützung für bedürftige Greise finanziert werden darf.

Die Stiftung „Für das Alter" konnte 1934 durchschnittlich bloß Fr. 109.79 im Jahr an jeden unterstützten Betagten ausrichten, im einen Kanton, welcher unser Kantonalkomitee mit der Verteilung auch seines Bundesanteils betraute, mehr, im andern weniger. Es fehlen uns genaue Angaben über das Durchschnittseinkommen unserer Schützlinge. Aber wir verweisen auf die Erhebung der eidg. Steuerverwaltung vom Jahre 1922, wonach 72 456 Schweizer im Alter von 65 und mehr Jahren kein Vermögen und ein Einkommen von weniger als Fr. 801.— im Jahr hatten. Das sagt genug. Seither sind die Verhältnisse sicher nicht besser und die bedürftigen Greise noch zahlreicher geworden.

2. Infolge der anhaltenden Krise häufen sich die Fälle, wo alte Arbeitslose vom Arbeitsamt der Altersfürsorge überwiesen werden mit gleichzeitigem Entzug der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung. Stellen Sie sich die Enttäuschung dieser alten Männer und Frauen vor, welche nicht nur aus dem Erwerbsleben ausgestoßen werden, sondern von heut auf morgen statt der bisherigen Unterstützung von mehreren Franken weniger als einen Franken täglich erhalten! Der Abstand zwischen der Arbeitslosen- und der Altersrente sollte verringert, nicht vergrößert werden, um die alten Arbeitslosen nicht zur Verzweiflung zu treiben.

3. Beiliegende Aufstellung über die ordentlichen Einnahmen und die Fürsorgeausgaben unserer Stiftung zeigt Ihnen mit aller Deutlichkeit, daß die Stiftung bei der vorgesehenen Herab-

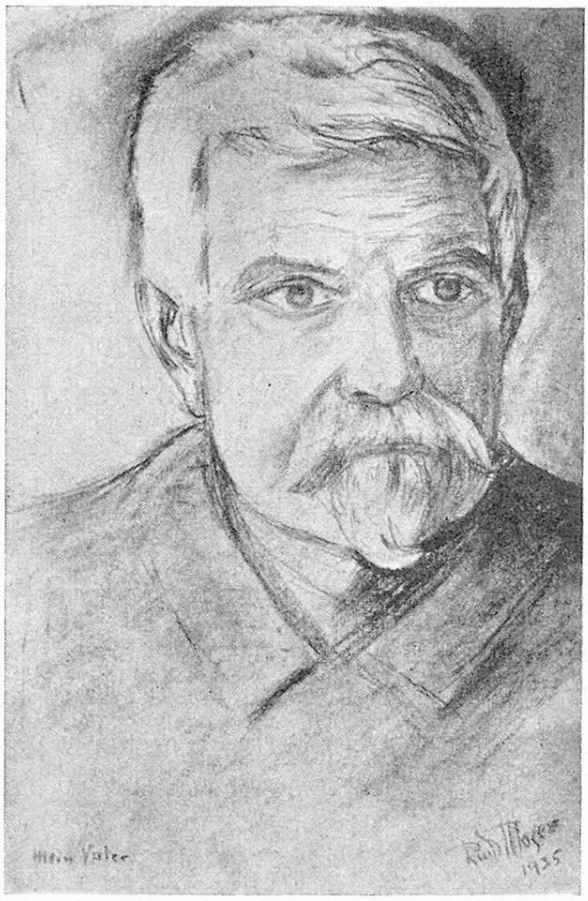
setzung des Bundesbeitrags ihre Unterstützungstätigkeit nicht mehr aufrecht erhalten könnte. Jahr für Jahr ist die Zahl der unterstützten Greise unaufhaltsam gewachsen. Auch wenn wir annehmen — was im ersten Jahr der Bundeshilfe an die Kantone nicht eingetreten ist —, daß infolge der da und dort ausgebauten kantonalen Altersfürsorgen der Andrang der in Not geratenen Alten bei unsern Kantonalkomitees nachlassen werde, so ist sicher mit einer weitern Zunahme begründeter Unterstützungsgesuche zu rechnen.

Auf der andern Seite gehen die Einnahmen der Stiftung aus den jährlichen Sammlungen, Legaten und Schenkungen zurück, was bei den um sich greifenden Einkommens- und Vermögenseinbußen nicht verwunderlich ist. Würde nun auch noch der Bund unserer Stiftung direkt Fr. 200,000 und indirekt durch die Kantone Fr. 2—300,000 entziehen, so entstände eine katastrophale Lage, wofür wir die Verantwortung ablehnen müßten.

Entweder wären unsere Kantonalkomitees, welchen die Bundessubvention in vollem Umfang für Einzelunterstützungen zukommt, gezwungen, ihre Beiträge so herabzusetzen, daß die durchschnittliche Jahresunterstützung auf Fr. 90.— und darunter sinken würde, oder sie müßten alle Neuanmeldungen — und seien sie noch so dringlich — abweisen und die notleidenden Greise ihrem Schicksal, der Armengenössigkeit, überlassen.

4. Die absolute und relative Zunahme der alten Generation, wie sie von der Statistik festgestellt und von der Versicherungsmathematik in Rechnung gezogen wird, verlangt eine Erhöhung, nicht eine Herabsetzung der Bundesunterstützung für bedürftige Greise. Das geht aus den Berechnungen für eine eidg. Altersversicherung und aus der lawinenartig anschwellenden Fürsorgetätigkeit unserer Stiftung klar hervor. Das Schweizervolk hat zwar das

Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung verworfen, aber seinerzeit den Verfassungsartikel 34 quater mit großem Mehr angenommen. Auch die Gegner des Versicherungsgesetzes haben immer wieder erklärt, daß sie angemessen für die bedürftigen Greise sorgen wollen. Die Erhöhung der Bundessubvention an unsere Stiftung auf 1 Million und die Gewährung eines



R. Moser, Mein Vater.

Bundesbeitrags von 7 Mill. Fr. an die Kantone bedeuteten die Einlösung dieser Versprechungen. Schmerzlich genug ist es, daß in Anbetracht der Finanzlage kein größeres Entgegenkommen gezeigt und dem Steigen der Zahl und der Not der alten Leute nicht mehr Rechnung getragen werden konnte.

5. Die Verletzung der Bundesverfassung durch das erste Finanzprogramm, das die der Alters- und Hinterlassenenversicherung vorbehaltenen Einkünfte

aus dem Tabak in die allgemeine Bundeskasse fließen ließ, und die vorgeschlagene zweite Verletzung durch das neue Finanzprogramm, das auch die Zinsen des den Alten, Witwen und Waisen gewidmeten Fonds zur Sanierung der Bundesfinanzen verwenden will, ist für das Rechtsempfinden des einfachen Bürgers bloß erträglich, wenn wenigstens der bisherige Bundesbeitrag von 8 Mill. Fr. beibehalten wird.

Es würde im Volke nicht verstanden, wenn das bedürftige Alter, das seit bald zwanzig Jahren vergeblich auf die versprochene Altersversicherung wartet und sich nicht wehren kann wie Partei- und Berufsorganisationen, auch noch von seinem kärglichen Einkommen hergeben müßte. Eine Reihe von in Verfassung oder Gesetzen festgelegten Subventionen, ja auch auf dringenden Bundesbeschlüssen beruhende Beiträge sind von jeder Reduktion ausgenommen. Die Bundesunterstützung für bedürftige Greise scheint uns in der Verfassung und im Bewußtsein unseres Volkes mindestens so gut verankert, um ebenfalls Anspruch auf eine Sonderbehandlung zu besitzen.

6. Von der Million Franken, welche der Bund jährlich unserer Stiftung ausrichtet, behält das Direktionskomitee keinen Rappen für Verwaltungs- und Verteilungskosten zurück. Die ganze Million wird restlos den Kantonalkomitees für Einzelunterstützungen überwiesen. Auch die Kantone dürfen von ihren 7 Mill. Fr. nichts für Verwaltungsspesen verwenden. Welche andere Bundessubvention kommt ebenso voll und ganz den Notleidenden zu?

Zum Schlusse drei Fragen: Welcher Schweizer möchte auf Kosten der bedürftigen Greise sich um ein Opfer drücken, das ihn sonst treffen könnte? Welcher Schweizer

möchte gar den Anspruch auf Linderung seiner Not durch den Bund zu Lasten der Alten, Witwen und Waisen durchsetzen? Wäre das rechte Schweizerart?

Wir bitten Sie, hochgeehrte Herren Nationalräte, hochgeehrte Herren Ständeräte, unser Gesuch wohlwollend zu prüfen und unsere Gründe ruhig zu überlegen. Wir sind überzeugt, daß Sie dann unsern Erwägungen beipflichten und davon absehen werden, den notleidenden Betagten ein besonderes Opfer zur Sanierung der Bundesfinanzen aufzuerlegen. Unter der allgemeinen Verteuerung der Lebenskosten durch die geplante Erhöhung der Brot-, Fett- und Zuckerpreise und unter dem Erlöschen der Hoffnung auf eine Altersversicherung durch Einstellung der Verzinsung des Versicherungsfonds leiden sie, die an der äußersten Grenze des Existenzminimums und ihres Lebens stehen, gerade genug.

Genehmigen Sie, hochgeehrte Herren Nationalräte, hochgeehrte Herren Ständeräte, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung!

Das Direktionskomitee der Stiftung „Für das Alter":

Dr. F. Wegmann, Zürich, Präsident.
Dr. C. de Marval, Monruz-Neuchâtel, Vizepräsident.
W. Gürtler, Winterthur, Quästor.
Fräulein Marguerite Alioth, Arlesheim.
Direktor V. Altherr, St. Gallen.
Redaktor A. Auf der Maur, Luzern.
Dr. W. Bierbaum, Zürich.
Dr. J. Choffat, a. Minister, Porrentruy.
Oberst Dr. M. Feldmann, Bern.
Dr. H. Giorgio, Direktor des Bundesamtes für Sozialversicherung, Bern.
a. Nationalrat A. Grospierre, Bern.
Frau Dr. P. Langner-Bleuler, Solothurn.
Ständerat Dr. R. Schöpfer, a. Regierungsrat, Solothurn.
Dekan P. Walser, Chur.
Domherr J. Zurkinden, Freiburg.
Dr. W. Ammann, Zürich, Zentralsekretär.

Übersicht

über die ordentlichen Einnahmen der Stiftung „Für das Alter" aus den jährlichen Sammlungen und Staatsbeiträgen sowie über ihre Fürsorgeausgaben 1918—1934.

	Einnahmen				Fürsorgeausgaben.			
	Sammlung	Kantone	Bund	Zusammen	Zahl der unterstützt. Greise	Unterstützungssumme	Beiträge an Altersheime usw.	Zusammen
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.		Fr.	Fr.	Fr.
1918	246,755	—	—	**246,755**	—	—	—	—
1919	561,418	—	—	**561,418**	—	—	28,000	**28,000**
1920	420,079	—	—	**420,079**	2,434	246,782	108,500	**355,282**
1921	472,015	—	—	**472,015**	3,989	347,454	70,905	**418,359**
1922	565,419	—	—	**565,419**	4,825	462,722	62,877	**525,599**
1923	617,775	79,999	—	**697,774**	6,709	686,017	86,073	**772,090**
1924	622,941	80,000	—	**702,941**	7,931	825,753	58,719	**884,472**
1925	704,152	106,701	—	**810,853**	9,616	973,581	53,001	**1,026,582**
1926	757,546	128,400	—	**885,946**	10,970	1,098,812	114,877	**1,213,689**
1927	790,067	129,400	—	**919,467**	11,876	1,136,275	141,183	**1,277,448**
1928	848,156	193,010	—	**1,041,166**	13,990	1,301,595	87,538	**1,389,133**
1929	889,327	326,190	500,000	**1,715,517**	16,280	1,576,916	137,202	**1,714,118**
1930	878,762	331,764	500,000	**1,710,526**	18,651	1,822,833	62,542	**1,885,375**
1931	851,530	826,234	500,000	**2,177,764**	20,821	2,047,047	53,874	**2,100,921**
1932	894,298	943,111	500,000	**2,337,409**	23,558	2,423,964	67,834	**2,491,798**
1933	876,835	964,426	1,000,000	**2,841,261**	27,089	2,922,007	59,189	**2,981,196**
1934	838,950	1,541,188	1,000,000	**3,380,138**	30,953	3,398,257	67,996	**3,466,253**
	Total ordentliche Einnahmen			**21,486,448**		Total Fürsorgeausgaben		**22,530,315**

FONDATION SUISSE
POUR LA VIEILLESSE

Zurich, le 2 décembre 1935.

Aux chambres fédérales
de la Confédération suisse

Berne

Messieurs les Conseillers nationaux!
Messieurs les Conseillers aux Etats!

Le programme financier intercalaire destiné à assainir les finances de la Confédération, demande de la part des vieillards, des veuves et des orphelins, un sacrifice d'un million deux cent mille francs sur les huit millions qui leur ont été accordés par l'arrêté fédéral du 13 octobre 1933, alors que cette subvention leur était assurée pour quatre ans. — De plus, le service des intérêts du fonds pour l'assurance-vieillesse et survivants serait suspendu.

Si de pareils sacrifices devaient être consentis sur toute la ligne, nous nous inclinerions en acceptant l'inévitable. Mais nous constatons que, sur 200 millions de subventions fédérales, 70 millions seulement doivent subir une réduction, et que d'autres mesures d'entr'aide sont prévues; aussi estimons-nous qu'il est de notre devoir d'en appeler à vos sentiments d'équité et de justice, et de défendre la situation misérable de nos vieillards en Suisse.

Nous nous permettons d'insister pour que nulle réduction ne soit apportée au million annuel qui a été voté en faveur de notre Fondation, pas plus qu'aux sept millions

accordés aux cantons en vue de soulager leurs vieux ressortissants dans le besoin.

Les considérations qui nous guident sont en bref les suivantes:

1) Les vieillards indigents des deux sexes doivent actuellement déjà se contenter d'un minimum d'existence qu'aucune autre classe sociale ne pourrait accepter.

La Fondation suisse „Pour la Vieillesse" n'a pu remettre en moyenne à ses bénéficiaires que Frs. 109.79 par tête en 1934. Nous ignorons quelles sont les ressources moyennes de nos protégés, mais nous rappelons que d'après l'enquête fédérale de 1922 on comptait alors 72,456 Suisses âgés de 65 ans et plus, n'ayant pas de fortune et dont les ressources ne dépassaient pas Fr. 800 par an. Dès lors, les circonstances économiques s'étant aggravées, le nombre des vieillards besogneux s'est certainement accru dans une forte proportion.

2) Par suite de la crise intense, il arrive de plus en plus fréquemment que de vieux sans-travail soient adressés par les Offices de travail à l'entr'aide en faveur des vieillards, alors que ces vieux se voient refuser toute allocation de chômage ou de crise.

Qu'on veuille bien se représenter la situation de ces femmes âgées et de ces vieillards qu'on exclut de toute possibilité de gain en leur refusant le travail qui les faisait vivre, et qui doivent se contenter de moins d'un franc par jour pour assurer leur misérable existence! Ces gens-là, qui comptaient sur une rente-vieillesse, sont aujourd'hui poussés au désespoir.

3) Le tableau annexé donnant un aperçu des recettes et des dépenses d'assistance aux vieillards indigents, démontre avec toute l'évidence nécessaire que notre Fondation ne pourrait plus remplir sa tâche humanitaire si la subvention fédérale qui lui était assurée devait être diminuée.

D'année en année, le nombre de nos bénéficiaires s'est augmenté dans une très forte proportion, car la misère générale, et les circonstances actuelles nous obligent à intervenir de plus en plus fréquemment en faveur des vieillards déshérités.

D'autre part le produit de nos collectes annuelles diminue; nous recevons moins de dons et de legs, ce qui s'explique facilement. Si la Confédération retirait à notre Fondation Frs. 200,000 — et indirectement, par les cantons, encore deux à trois cent mille francs, — ce serait créer une situation catastrophique dont nous n'oserions pas assumer la responsabilité.

Qu'arriverait-il en effet? Ou bien nos comités cantonaux qui emploient la totalité de la subvention fédérale pour l'assistance individuelle, seront obligés de restreindre leurs prestations et d'abaisser le taux moyen des allocations annuelles à Frs. 90 ou moins encore, ou bien ils devront écarter toute nouvelle demande provenant de vieillards dans le besoin, et adresser ces pauvres gens à l'assistance publique.

4) L'accroissement du nombre des vieillards — aussi bien l'accroissement absolu que relatif — constaté par les statistiques, réclame impérieusement une augmentation de l'entr'aide féderale, et non une diminution des prestations en faveur de la vieillesse indigente.

Cette situation ressort aussi bien des calculs faits en vue de l'assurance-vieillesse que de l'activité qui s'est imposée chaque année davantage à notre Fondation.

Il est vrai que l'assurance-vieillesse a été rejetée par le peuple, mais les adversaires de cette loi ont déclaré eux-mêmes qu'il est indispensable de venir en aide à nos vieillards suisses dans le besoin. La remise d'un million à notre Fondation et de sept millions aux cantons en faveur de la vieillesse indigente, a répondu à ce vœu. Et maintenant que la misère augmente chez les vieillards tout particulièrement, ils devraient se contenter de moins encore!

5° La violation de la constitution fédérale réservant le produit de l'imposition du tabac à l'assurance-vieillesse et survivants, est aussi une mesure fâcheuse pour les vieillards, puisque le premier programme financier fait passer cette ressource dans la Caisse générale de la Confédération. Se pourrait-il qu'elle fût suivie d'une seconde violation admise par le programme financier intercalaire?! En effet, ce dernier programme prévoit que les intérêts du fonds en faveur des vieillards indigents, devront servir aussi à l'assainissement des finances fédérales.

Ces deux violations ne peuvent être admises que si les huit millions consacrés à la vieillesse dans le besoin restent intangibles.

Notre peuple ne pourrait pas comprendre qu'après l'échec de l'institution d'une assurance-vieillesse, on le prive encore d'une subvention indispensable à l'existence de ses vieillards. Oublie-t-on que des promesses formelles ont été données? que certaines subventions ne peuvent, par humanité, plus subir de réduction!

6) Nous soulignons que, du million accordé à notre Fondation, la totalité est remise aux vieux indigents, sans que notre institution prélève un seul centime pour frais d'administration ou de répartition.

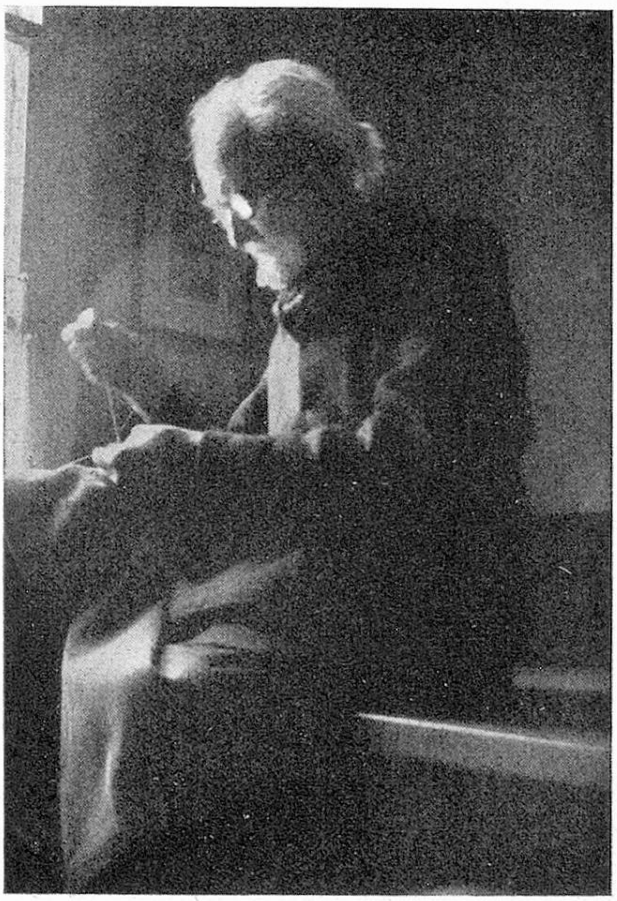
Les cantons eux-mêmes n'ont pas le droit de consacrer à leurs frais de distribution quoi que ce soit des sept millions qui leur sont répartis en faveur des vieillards indigents. — Quelle autre subvention fédérale est ainsi répartie en absolue totalité à des malheureux qui en ont besoin pour vivre?

Il n'y a pas un seul bon citoyen suisse qui ne consentirait à un sacrifice en faveur des vieillards nécessiteux. Il n'y a pas un seul Suisse qui voudrait atténuer sa propre détresse, si ce devait être aux dépens de nos vieux, des veuves et des orphelins!

Nous vous supplions, Messieurs les membres du Conseil national et du Conseil des Etats, de prendre en considération notre pressante requête. Après mûre réflexion vous estimerez vous-mêmes qu'il ne peut être question d'assainir les finances fédérales au détriment de l'existence même de nos vieillards dans le besoin, au moment précis où le prix augmenté du pain, des graisses et du sucre, leur rend déjà la vie si difficile.

Veuillez agréer, Messieurs, l'assurance de notre plus haute considération et de nos salutations patriotiques.

Le Comité de Direction de la Fondation
POUR LA VIEILLESSE:



Vieux tailleur.